Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

10.1.1931 (No. 8)

Visual Library

Nr. 8 — Samstag, den 10. Januar 1931 — 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wieder polnische Fliegerzwischenfälle

Eine Provokation anläßlich des Kanzlerbesuchs

Am Freitag sind **drei polnische Militärflieger** auf oberschlesischem Gebiet, wie sie behaupten, notgelandet, da sie sich verirrt hätten, zwei bei Oppeln und einer bei Rosenberg. Der letztere flog wieder davon, bevor die Polizei kam.

In Berliner politischen Kreisen weist man darauf hin, daß dies ja nicht der erste solche Fall **einer Überfliegung** sei. Die Darstellung, daß die Maschinen sich verflogen hätten, wird bezweifelt, da Oppeln schließlich 60 Kilometer von der Grenze entfernt liegt. Letzten Endes ist es ja Sache der Polen, dafür zu sorgen, daß nicht in diesem doch recht schwierigen Grenzgebiet unerfahrene Piloten verwandt werden. Ein solcher Zwischenfall hätte um so eher vermieten werden müssen, als auch den Polen bekannt ist, daß der **Reichskanzler** sich mit der von ihm geführten Delegation am Freitag in Oppeln aufhielt.

Die „Germania" schreibt: „Sollte es nicht mehr als ein Zufall sein, daß gerade am Tage des Kanzlerbesuches in Oppeln drei polnische Militärflugzeuge eine Stunde lang über dieser Stadt kreuzten, die angesichts ihrer geographischen Lage und ihres Umfanges mit keiner anderen Ortschaft auf 100 Kilometer in der Runde verwechselt werden kann! — Betrachten wir getrost diesen „Fehlflug" als **eine polnische Demonstration gegen Deutschland** in einem Augenblick, wo man in Polen eine Frontaloffensive gegen die deutschen Klagen und Beschwerden über die Mißhandlung der deutschen Minderheit unternimmt. Diesmal hat uns der Zufall das Korpus delicti in die Hand gespielt, und wir werden Gelegenheit haben, Polens Piloten Auge in Auge zu fragen, was sie eigentlich immer wieder mit ihren Maschinen über deutschem Boden zu suchen haben. Daß sie nicht als Friedenstauben kommen, ist jedem klar, der die Gesinnung polnischer Militärkreise und die Stimmung an der deutsch-polnischen Grenze kennt." — Andere Blätter, wie der „Tag", sprechen von einer **dreisten Provokation** gegen Deutschland und den Völkerbund, die beweise, daß die Polen glaubten, sich Deutschland gegenüber so ziemlich alles herausnehmen zu können. Diese neueste Leistung der polnischen Luftspionage sei ein vorbedachter Akt zynischer Frechheit.

Deutsche Vorstellungen in Warschau

M. Berlin, 10. Jan. (Priv.-Tel.). Wie wir erfahren, hat die deutsche Gesandtschaft in Warschau wegen der Fliegerlandungen auf deutschem Gebiet schon heute ernste Vorstellungen erhoben. Weitere Schritte bleiben vorbehalten, bis die Untersuchung, die im Gang ist, zum Abschluß gekommen sein wird.

Volksbefragung über die Abrüstung

Ein Vorschlag der „Kölnischen Zeitung"

Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht einen Aufsatz mit der Überschrift: „Befragt die Völker über die Abrüstung!", worin der Vorschlag gemacht wird Außenminister Dr. **Curtius** möge auf der bevorstehenden Tagung des **Völkerbundsrates** einen **Antrag** auf Durchführung einer solchen **Volksbefragung über die Abrüstung** einbringen, über den sich der Völkerbundsrat aussprechen und nötigenfalls einen Ausschuß einsetzen könnte, der der Völkerbundsversammlung am nächsten September genauere Vorschläge unterbreiten sollte, damit eine solche Aktion in den einzelnen Staaten alsbald durchgeführt werden könne.

Das Ergebnis dieser Volksabstimmung würde die denkbar beste Grundlage für die Weltabrüstungskonferenz darstellen. Die Staatsmänner der noch nicht abgerüsteten Länder müßten den Mut haben, zum Nutzen des Friedens ihr Volk zu befragen. Führe die durchgeführte Volksbefragung zu keinem Erfolg, dann müßten die Regierungen der realen Tatsache ins Auge sehen, daß es auf die Dauer unmöglich sei, einem Teil der Welt die Abrüstung aufzuzwingen, während der andere immer mehr in Waffen starre. Diesem Zwang müsse auf die Dauer der Rückschlag einer Aufrüstung der zwangsmäßig entwaffneten Völker folgen, worüber der Völkerbund dann in die Brüche gehen könnte.

Der Remarquefilm in Oesterreich verboten

Der österreichische Innenminister **Winkler** hat ein Verbot des Films „Im Westen nichts Neues" für ganz Österreich erlassen, das sofort in Kraft trat. Im Finanzausschuß des Nationalrates führte der Minister u. a. aus: Da der Wiener Bürgermeister seinem dringenden Ersuchen, die Aufführung des Filmes hintanzuhalten, nicht Folge geleistet habe, sei die Frage aus dem Bereich des Kinowesens und damit der Landeskompetenz auf das Gebiet der **öffentlichen Sicherheit**, und damit an die Zuständigkeit der Bundesbehörden gelangt. Die Bundesregierung habe keinerlei gesetzliche Handhabe gehabt, wegen des Inhaltes und der Tendenz des Filmes ein Verbot auszusprechen, was sie sonst sicherlich aus Gründen nationaler Solidarität getan hätte, da auch die Gründe der deutschen Filmoberstelle volle Überzeugungskraft hätten. Dieses Filmwerk sei mehr oder weniger von filmkapitalistischen Interessen diktiert und habe bestimmt nichts mit pazifistischer Gesinnung zu tun. Im Anschluß an die Erklärungen des Innenministers entspann sich eine eingehende Debatte, in der von sozialdemokratischer Seite durch Bürgermeister Seitz die Gesetzmäßigkeit des Verbotes bestritten wurde. Dagegen stellten sich die Vertreter der Christlichsozialen Partei, des Bürgerblocks und des Heimatblocks vollkommen auf die Seite der Regierung.

Letzte Nachrichten

Dietrichs Vorschläge

Bedenken auch im Reichskabinett

M. Berlin, 10. Jan. (Pr.-Tel.). Nach der Rückkehr des Reichskanzlers wird sich das Reichskabinett voraussichtlich sehr bald mit den in Stuttgart von Reichsfinanzminister Dr. Dietrich zur Behebung der Arbeitslosigkeit gemachten Anregungen zu beschäftigen haben. Es haben sich nicht nur in der Industrie, sondern auch in politischen Kreisen scharfe Widersprüche erhoben, die wohl nicht ganz ohne Einfluß auf die Haltung einzelner Kabinettsmitglieder geblieben sind und auch dort Bedenken ausgelöst haben. Die Stellungnahme des Reichskanzlers, die bisher ungeklärt ist, wird für die nächsten Tage erwartet.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau

6 Prozent Lohnabbau

WTB. Essen, 10. Jan. (Tel.) Heute mittag ½2 Uhr fällte der Schiedsrichter für Westfalen, Prof. Brahn, den Schiedsspruch für den Ruhrkohlenbergbau. Der Schiedsspruch sieht eine Lohnkürzung von 6 Prozent vor.

*

WTB. Essen, 10. Jan. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Schlichtungskommission gaben die beiden Parteien zunächst ihre Erklärung ab. Um 11 Uhr wurde die Schlichterkammer gebildet, die aus denselben Herren besteht, wie in den letzten Verhandlungen. Kurz nach 12 Uhr zog sich der Schlichter mit den beiden Unparteiischen zurück, um den **Schiedsspruch** zu formulieren und der Kammer vorzulegen.

Strafantrag im Neuhöfener Prozeß

WTB. **Leipzig**, 10. Jan. (Tel.). In dem **Spionageprozeß** gegen den polnischen Grenzwachtkommissar Adam **Biedrzinski** aus Ezersk im Weichsel-Korridor, beantragte der **Reichsanwalt** für die Spionagetätigkeit des Angeklagten **sieben Jahre Zuchthaus, für die Schießerei in Neuhöfen fünf Jahre** Zuchthaus, für das Paßvergehen sechs Monate Gefängnis, und für den verbotenen Waffenbesitz 1½ Jahre Gefängnis; aus denen eine Gesamtstrafe von **12 Jahren Zuchthaus** gebildet werden soll. Sieben Monate Untersuchungshaft sollen dem Angeklagten in Anrechnung gebracht werden. Die Überzeugungstäterschaft wurde dem Angeklagten nicht zugebilligt. Zur Begründung wurde nur kurz ausgeführt, er habe die am meisten gefährdete Ostprovinz aufs Schwerste bedroht, auch ehrlos gehandelt und dazu noch den Tod eines Kollegen verschuldet. Das Strafmaß müsse daher besonders schwer ausfallen.

Mohammedanergreueltaten in China

30 000 Menschen niedergemetzelt

WTB. London, 10. Jan. (Tel.). „Times" meldet aus Peking: Nach chinesischen Berichten, die durch amtliche und private Mitteilungen bestätigt werden, sind im südlichen Kiangsi im Laufe von neun Monaten 30 000 Menschen von Räubergesindel niedergemetzelt worden.

Die Banditen unterstanden dem **mohammedanischen Führer Matingsin** und hatten nach Abzug der Garnisontruppen, die das Gebiet verließen, um am Bürgerkriege teilzunehmen, freie Hand. Nach einer weiteren Meldung sind **20 000 Frauen** von dem Gesindel gefangen genommen worden und mindestens **30 000 Personen** in den ausgeplünderten Bezirken dem **Hunger zum Opfer gefallen**. In der Stadt Lihsien hätten die entmenschten Horden aus Wut über den ihnen von der Bürgerwehr geleisteten Widerstand die ganze Bevölkerung mit Ausnahme der Insassen des Gefängnisses, getötet. Ferner wird gemeldet, daß sie Gefangene, deren Familien kein Lösegeld besaßen, zu verbrennen pflegten. Die Nankinger Regierung habe die Entsendung einer **Strafexpedition** angeordnet.

Reichswehrministerium und Reichsbanner

Wie seinerzeit berichtet, hatte das Reichsministerium des Innern, das Reichswehrministerium ersucht, sich gutachtlich auf Grund der vorliegenden Berichte darüber zu äußern, ob es sich bei dem von Minister Frick beanstandeten Veranstaltungen des Reichsbanner in Thüringen um „militärische" Übungen gehandelt habe. Das Reichswehrministerium hat, der „V. Ztg." zufolge, jetzt erklärt, daß es sich bei diesen Vorfällen nicht um militärische Übungen gehandelt habe.

Der Reichsminister des Innern, Dr Wirth, der anfangs nächster Woche nach Berlin wieder zurückkehrt, wird nunmehr eine Entscheidung auf das vom nationalsozialistischen thüringischen Innenminister Dr. Frick beantragte Verbot des Reichsbanners zu fällen haben.

*

M. Berlin, 10. Jan. (Priv.Tel.). Es bestätigt sich, daß der Reichswehrminister auf die Anfrage des Reichsinnenministers **ein Gutachten erstattet hat, wonach dem Geländespiel des Reichsbanners in Gera kein militärischer Charakter** zuzusprechen sei. Es wird aber hinzugefügt, daß der Reichswehrminister **bedauere, seinerzeit bei den Übungen des Stahlhelms nicht um seine Ansicht gefragt** worden sei. (Es handelt sich dabei um Rheinland-Westfalen, wofür Preußen zuständig ist) da dieser Fall genau so gelagert sei.

*Zur politischen Lage

Die neue Notverordnung

Es müssen **sehr ernste Erwägungen** gewesen sein, welche die Reichsregierung, und zwar in erster Linie das ressortmäßig beteiligte Kabinettsmitglied, Reichsarbeitsminister Stegerwald, bewogen haben, den **Erlaß einer neuen Notverordnung** beim Reichspräsidenten zu beantragen. Die Notverordnung ist inzwischen publiziert worden. Ihr Zweck ist, den **Lohnkonflikt im Ruhrgebiet beizulegen**, um durch Abänderung des Schlichtungsgesetzes einem Dreimännerkollegium die Möglichkeit zu geben, **mit Mehrheit einen Lohn- und Tarifentscheid zu fällen**, der dann vom Reichsarbeitsminister **für bindend erklärt** werden kann. Nach den bisher gültigen Bestimmungen konnte sich unter Umständen ein für den sozialen Frieden recht unangenehmes Vakuum ergeben. Die neue Notverordnung sichert jetzt das Zustandekommen eines Schiedsspruchs unter **allen** Umständen. Im Notfalle wird das Dreimännerkollegium berufen, und es fällt seinen Schiedsspruch, ohne daß die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer mitstimmen.

Im vorliegenden Falle handelte es sich darum, daß die **Zechenbesitzer** ursprünglich eine 12prozentige Lohnherabsetzung verlangten und dann auf Grund äußerster Kalkulation **auf 8 Prozent heruntergingen.** Die **Arbeitnehmer** wollten ursprünglich 4 Prozent bewilligen. Es war zu erwarten, daß der Schiedsspruch **die** Ziffer wählte, die zwischen 4 und 8 gerade in der Mitte liegt. Offenbar hat man in Berlin allen Ernstes befürchten müssen, daß, wenn der Konflikt durch einen rechtsverbindlichen Schiedsspruch nicht beigelegt wird, ein Streik ausbrechen könnte, ein Streik, der gerade in diesem Augenblick für unser Wirtschaftsleben, wie auch für die politischen Verhältnisse schlechthin sehr gefährlich sein müßte.

Ob es wegen 2 Prozent **wirklich** zu einem solchen Streik gekommen wäre, das ist eine Frage, die schwer zu beantworten ist. Der Fernerstehende kann sich kaum denken, daß angesichts einer **Arbeitslosenziffer** von **rund 4,4 Millionen**, um einer zweiprozentigen Differenz willen ein Riesenstreik entfesselt werden könnte.

Leider wird auch die Auswirkung der neuen Notverordnung nicht unbedenklich sein. Die Zechenbesitzer haben bereits angekündigt, daß, wenn der Schiedsspruch die erwartete Lohnherabsetzung **unter** 8 Prozent bringe, die **Einlegung von weiteren Feierschichten** und die **Stillegung weiterer Betriebe nicht zu vermeiden sein würde.** Auch hier gilt eben das schon früher von uns Gesagte: niemand kann einen Unternehmer, dessen Betrieb sich nicht mehr rentiert, zwingen, diesen Betrieb aufrechtzuerhalten; und, wo die Rentabilität zerstört ist, sind Konkurse, Betriebsstillegungen oder Feierschichten einfach nicht zu umgehen. Dadurch wächst aber naturgemäß das **Heer der Arbeitslosen** immer weiter an.

Das ist die **Kernfrage unserer ganzen innerpolitischen Situation: wie ist es möglich, die Wirtschaft wieder rentabel zu machen?** Ohne Aussicht auf Rentabilität läßt sich die Wirtschaft überhaupt nicht sanieren. Und unsere ganze Wirtschafts- und Sozialpolitik der nächsten Zeit wird einzig und allein im Zeichen der Frage stehen, was nun zu geschehen hat, um die Rentabilität der Wirtschaft zu sichern. Eine solche Rentabilität saugt dann ganz von selbst die Arbeislosen nach und nach wieder auf, eine solche Rentabilität füllt nach und nach ganz von selbst die Reichskasse mit den erwarteten Steuersummen. Eine solche Rentabilität ist die **beste Sicherung der sozialen Lage des Arbeiters**, ja sie ist überhaupt erst die Voraussetzung für seine Existenz. **Denn nur dort, wo die Schornsteine rauchen, gibt es Arbeiter.** Eine tote Wirtschaft kennt den Begriff des Arbeiters nicht mehr.

Gewiß sind es „nur" 7,5 Millionen Reichsmark, welche, da der Schiedsspruch nur für ein halbes Jahr gefällt werden wird, im Lohnetat der Zechenbesitzer die Differenz zwischen 6 und 8 Prozent ausmachen. Aber schon diese 7,5 Millionen können in einer Zeit, wie der jetzigen, genügen, um die Rentabilität in Frage zu stellen und dementsprechend die angekündigten Feierschichten und Betriebsstillegungen heraufzubeschwören. Andererseits muß das Argument Berlins gebührend berücksichtigt werden. Man befürchtet dort — offenbar mit guten Gründen — den Ausbruch eines **Streiks** und will dieses Unglück von unserm Wirtschaftsleben fernhalten. Nichts kann die un-

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

täglichen Schwierigkeiten unserer innerpolitischen Lage besser illustrieren als diese Befürchtung. Es ist schlimm, wenn Fragen reiner Wirtschaftspolitik und reinen geschäftlichen Kalküls im **politischen** Sinne entschieden werden müssen. An dem Übel einer solchen Methode kranken wir nun schon seit den Jahren des Weltkrieges. Und wir werden erst gesunden, wenn es uns beschieden sein wird, von dieser Methode wieder loszukommen. Daß die Männer der Reichsregierung, voran Reichskanzler Dr. Brüning, diese Stunde am allermeisten herbeisehnen, weiß man zur Genüge.

England und der Revisionsgedanke

Während die Krisis der deutschen Wirtschaft anhält und einzelne Gebiete des Reiches, wie zum Beispiel das schwer bedrängte **Ostpreußen** überhaupt nicht mehr aus eigenen Kräften existieren können, während sich bei jedem nur einigermaßen gerecht und vernünftig denkenden Menschen die Überzeugung von der **Unausführbarkeit des Youngplanes** und von der **Unmöglichkeit gewisser Bestimmungen des Friedensvertrags** immer mehr befestigt, veröffentlichen die Londoner „Times" — offenbar in Anlehnung an die Auffassungen der britischen Regierung selbst — einen Artikel, der den **Aufschub- und Revisionsgedanken unwirsch beiseiteschiebt** und Deutschland darauf hinweist, daß nach dem Youngplan nur dann, wenn bei uns schon alles drunter und drüber geht, ein Moratorium beantragt werden könnte, daß es soweit bei uns aber noch lange nicht sei.

Wenn man diesen Artikel der „Times" liest, ist man entsetzt über das Maß von Brutalität und Zynismus, das aus ihm spricht. Nach den Proben englischer Staatskunst in letzter Zeit konnten wir allerdings darüber nicht mehr allzu überrascht sein. Die Hoffnungen, die auch wir einst auf die Amtsführung des Kabinetts Macdonald gesetzt haben, haben sich bald als unberechtigt erwiesen. Das britische Kabinett der Arbeiterpartei segelt genau so im französischen Fahrwasser, wie das der Konservativen Baldwin und Chamberlain. Und in finanzieller Beziehung ist der britische Finanzminister Snowden eher noch um ein paar Striche hartherziger und unnachgiebiger als sein Vorgänger.

Natürlich hat dieser Artikel der „Times" seine Geschichte. Die englische Wirtschaft und die englischen Finanzen brauchen die französische Hilfe. London hat wenig Gold, und Paris schwimmt in goldenem Überfluß. In den letzten Wochen haben sich die Wünsche Englands nach Frankreichs Unterstützung zu ganz bestimmten Verhandlungen verdichtet. Und man nimmt ziemlich allgemein an, daß Paris mit seinen ungeheuren Goldreserven England beispringen wird, wenn dieses politisch den richtigen Preis dafür zahlt. Der Artikel der „Times" zeigt uns, daß der Preis bereits gezahlt ist; die englische Politik ordnet sich den Intentionen Frankreichs unter, **England übernimmt die Rolle des französischen Büchsenspanners.**

Daß dem so ist, wird sich schon in der nächsten Zeit auch in **Genf** zeigen. In allen Fragen, in denen Frankreichs Interesse auf dem Spiele steht, wird man England als getreuen Vasallen an Frankreichs Seite finden. Je deutlicher das in Erscheinung tritt, um so besser. Denn wir haben von der Politik schöner Worte, hinter denen sich häßliche Taten verbergen, übergenug. Und, wenn nicht alle Symptome trügen, soll jetzt offenbar auch die Periode der schönen **Worte** abgeschlossen sein. Die Sprache der „Times" liefert den besten Beweis dafür.

Selbstverständlich muß ein solches Verhalten derjenigen Mächte, an die wir uns bei aller Friedlichkeit im allgemeinen seit Locarno am engsten angeschlossen haben, eine **Neuorientierung** dieser oder jener Art nach sich ziehen. Diese Neuorientierung braucht noch keineswegs äußerlich in ganz bestimmten Formen hervorzutreten. Es genügt einstweilen die **gefühlsmäßige** Neuorientierung. Und sie ist bei uns bereits auf der ganzen Linie im Gange. Es gibt nur ganz wenige Blätter in Deutschland mehr, die heute noch von einer **westlichen** Orientierung der deutschen Außenpolitik schwärmen!

Der neue Danziger Senat. Der Danziger Volkstag wählte am Freitag den neuen Senat. Senatspräsident wurde Oberverwaltungsgerichtspräsident Dr. **Ziehm** (Dntl.), Vizepräsident Dr. **Wiercinski-Keiser** (Zentr.). Besoldete Senatoren gehören dem Zentrum, dem Block der nationalen Sammlung und den Deutschnationalen an. Sozialdemokraten, Kommunisten und Polen beteiligten sich nicht an der Wahl, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft und Beamtengruppe nur an der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten. Die Wahl der Senatoren erfolgte durch die übrigen bürgerlichen Parteien einstimmig.

Das Memeldirektorium ist nun endlich gebildet. Zum Direktoriumspräsidenten ist, wie gemeldet, vom litauischen Gouverneur der Direktor der landwirtschaftlichen An- und Verkaufsgenossenschaft in Memel, **Otto Böttcher,** ernannt. Er ernannte zu Direktoren den Landwirt **Szigaud** und den Pfarrer **Podzus.** Böttcher steht der Landwirtschaftspartei nahe, während **Szigaud,** der bereits in der vorherigen Landesregierung vertreten war, der Landwirtschaftspartei angehört. Pfarrer **Podzus** dürfte der Volkspartei nahestehen.

Drohende Generalaussperrung in der englischen Baumwollindustrie. Die Baumwollindustriellen beschlossen, wie aus London gemeldet wird, den örtlichen Organisationen Generalaussperrung für den 17. Januar zu empfehlen, falls bis dahin der Konflikt nicht beigelegt sein sollte. Der Arbeitgeberverband der Spinnereien faßte einen entsprechenden Beschluß.

Englischer Finanzberater für Brasilien. Den Londoner Blättern zufolge, wird sich einer der leitenden Beamten der Bank von England, **Sir Otto Niemeyer,** auf Einladung der brasilianischen Regierung nach Brasilien begeben, um die Bank von Brasilien zu reorganisieren und die Stabilisierung der brasilianischen Währung vorzunehmen.

Der Reichskanzler in Oberschlesien

Kommunistische Kundgebungen

Der **Reichskanzler** besuchte am Freitag mit den Herren seiner Begleitung eine Reihe oberschlesischer Städte und nahm überall Wünsche der Vertreter der Berufsgruppen entgegen. U. a. wurden **Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg** und **Ratibor** besucht. Verschiedentlich kam es zu **kommunistischen Kundgebungen** gegen den Kanzler. Es wurden „Nieder"-Rufe ausgebracht. Bei der Abfahrt in **Beuthen** ereignete sich sogar ein etwas gröberer Zwischenfall. Ein **Steinwurf** zertrümmerte an einem der Autos eine Fensterscheibe. Da es sich um eine Scheibe aus splitterfreiem Glas handelte, wurde niemand verletzt.

Dem Kanzler wurden die durch die Grenzziehung hervorgerufenen Schwierigkeiten geschildert und die Zuteilung von Aufträgen an die Industriewerke verlangt, um die Arbeiterschaft zufrieden zu stellen, und aus ihr ein kräftiges Bollwerk im Osten zu machen. Ebenso wurde eine Vertretung Oberschlesiens im Verwaltungsrat der Reichsbahn gefordert. In Gleiwitz appellierte ein Vertreter der deutschen Flüchtlinge aus Polen insbesondere an den Reichskanzler, auch, ihnen, die Hab und Gut für ihr Vaterland geopfert hätten, hilfreich zur Seite zu stehen, da ihre Not unermeßlich groß sei. Der Reichskanzler brachte den Willen der Reichsregierung zum Ausdruck, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten helfend zu wirken.

Der Reichskanzler in Leobschütz und Neisse

WTB. Neisse, 10. Jan. (Tel.) Der Sonderzug mit dem **Reichskanzler** und den Herren seiner Begleitung verließ **Ratibor** vormittags 8 Uhr zur Weiterfahrt nach **Leobschütz.** Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnsteig Prälat **Dlitzka** und Oberbürgermeister **Kaschny** eingefunden. In Leobschütz war eine Besprechung auf dem Landratsamt. Darauf trat der Kanzler, der auf der Fahrt zum und vom Landratsamt durch auf beiden Seiten der Straße aufgestellte Schuljugend begrüßt wurde, im Sonderzuge die Weiterreise nach **Neisse** an. Im Zug fand eine Besprechung der Umschuldungsaktion statt. An dieser Besprechung nahmen auch eine große Zahl von Landräten und führenden Persönlichkeiten der Landwirtschaft des Bezirkes teil. Gegen 10¼ Uhr traf der Sonderzug in **Neisse** ein, wo der Reichskanzler von Oberbürgermeister Dr. Franke auf dem Bahnsteig begrüßt wurde.

Polen an den Völkerbund

WTB. Kattowitz, 10. Jan. (Tel.). Die polnische Presse meldet, daß der polnische Außenminister **Zaleski** an das Sekretariat des Völkerbundes in Genf eine **Note** gerichtet hat, die auf die deutschen Protestnoten eingeht, und sie auf Grund eines umfangreichen Materials zu widerlegen sucht. Die polnische Note soll in den nächsten Tagen vom Sekretariat veröffentlicht werdn.

Der **Deutsche Volksbund** in Kattowitz hat am 7. Januar an den **Völkerbundsrat eine Eingabe wegen des zur Wahlzeit ausgeübten Terrors** eingereicht.

Antikommunistische Kundgebungen in New York

WTB. New York, 10. Jan. (Tel.). In der Carnegie-Hall veranstalteten Vertreter von **70 politischen Vereinen und Gewerkschaften eine Kundgebung gegen die kommunistische Bewegung** in den Vereinigten Staaten. Es wurden Maßnahmen gegen diese Bewegung, insbesondere die Einsetzung einer **Überwachungsbehörde** und der Ausschluß der Kommunistischen Partei bei den Wahlen und gegen die Einfuhr aus **Sowjetrußland** gefordert. Das Mitglied des Repräsentantenhauses, **Hamilton Fish,** erklärte, die Gesamtzahl der Kommunisten in Amerika belaufe sich auf etwa 100 000.

Kleine Chronik

Das 1000 Jahre alte Schloß **Hohenwerfen** des ehemaligen Großherzogs Eugen ist einem Brande fast vollständig zum Opfer gefallen. Zwei große Schloßtrakte mit der Bibliothek und dem Rittersaal sind zerstört, und nur ein kleiner Nebentrakt konnte gerettet werden.

Auf **Schloß Tworkau** im Kreise Ratibor brach nachts Feuer aus, dem das Schloß zum Opfer fiel. Es gehört dem Grafen Saurma-Jeltsch, der sich zur Zeit auf seiner Besitzung in Österreich aufhält.

Die beiden amerikanischen Fliegerinnen **Trout** und **Cooper** sind nach einem ununterbrochenen **Fluge von 122 Stunden** in **Los Angeles** gelandet. Sie haben damit den früheren **Dauerflugrekord für Frauen,** der 42 Stunden und 16 Min. betrug, fast auf die dreifache Zeit verbessert.

Katholische Parteien für Weltfriedenspolitik

Der Exekutivausschuß des **internationalen Sekretariates der katholischen Parteien,** in dem die deutsche Zentrumspartei durch Dr. **Stocky,** Köln, vertreten ist, sowie ferner die katholischen Parteien Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs, Polens, Litauens, Italiens und der Niederlande, haben, wie aus **Paris** gemeldet wird, eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Unter dem Eindruck eines Wiederauflebens eines intransigenten Nationalismus in verschiedenen Ländern, sowie einer drückenden politischen Atmosphäre, die noch verschärft wird durch das Fehlen jeder wirtschaftlichen Organisation in Europa, und durch die Schwierigkeiten der Krise der Weltwirtschaft, geben die Parteien aufs neue ihrer unerschütterlichen Verbundenheit mit der Sache einer **wirksamen Organisierung des Friedens** und der **Annäherung der Völker** Ausdruck.

Sie verurteilen und verwerfen jede Anwendung von Gewalt zum Zwecke der Selbstjustiz als ein Verbrechen und eine Torheit und bekunden ihren unabänderlichen Willen, alle Anstrengungen zu machen, sowohl im Rahmen der inneren Politik ihrer Länder, als auch auf internationalem Gebiet, um die Extremisten abzuwehren und die öffentliche Meinung in der Richtung einer **Zusammenarbeit der Völker sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet** und der Organisierung des Friedens zu führen, nach den vom Völkerbund eingeleiteten Methoden und Mitteln fortzusetzen und weiter zu entwickeln."

Belästigung ausländischer Missionen in Berlin

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: In den letzten Wochen sind bei mehreren Berliner ausländischen diplomatischen Vertretungen von jugendlichen **linksradikalen Elementen** die **Fensterscheiben eingeworfen** worden. So wurde auch am 15. Dezember 1930 das Gebäude der jugoslawischen Gesandtschaft in der Regentenstraße 17 in dieser Weise angegriffen wobei zwei Fensterscheiben zertrümmert wurden. Der politischen Abteilung ist es nun gelungen, Aufklärung zu schaffen. Es handelt sich um Mitglieder der früheren antifaschistischen Jungen Garde bzw. der kommunistischen Jugend. Es wurden bisher die Jugendlichen Konditor Georg Sohr und Arbeiter Robert Krawczyk ermittelt und als Täter überführt. Die Genannten sind dem Jugendgericht zugeführt worden.

Der Berliner Oberbürgermeisterposten. Zu den verschiedenen Kandidaten für den Posten des Berliner Oberbürgermeisters, unter denen bisher der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. **Mulert,** die größte Chance zu haben schien, ist jetzt noch ein neuer Mann hinzugetreten: der bisherige Senatspräsident der Freien Stadt Danzig, Dr. **Sahm.** Sahm, der parteipolitisch nicht gebunden ist, ist bekanntlich vor kurzem von der politischen Rechten in Danzig von seinem Posten verdrängt und von einem Deutschnationalen ersetzt worden.

Gemeinderundschau

Disziplinarverfahren gegen die Freiburger sozialdemokratischen Stadträte

Wie das sozialdemokratische Organ Oberbadens, die Freiburger „Volkswacht", mitteilt, hat der **Freiburger Stadtrat** beschlossen, gegen die sozialdemokratischen Stadträte ein **Disziplinarverfahren** einzuleiten, weil in der „Volkswacht" Artikel erschienen sind, in denen das Ergebnis der Behandlung verschiedener Anträge der Sozialdemokraten im Stadtrat mitgeteilt wurde. Die Stadtratsmehrheit erblickt darin einen **Verstoß gegen die Wahrung des Dienstgeheimnisses** über die Stadtratsverhandlungen.

Das sozialdemokratische Organ veröffentlicht weiter Solidaritätserklärungen und Vertrauenskundgebungen der sozialdemokratischen Bürgerausschußfraktion und des Erweiterten Freiburger Parteivorstandes für die Stadtratsfraktion, die den Beschluß der Stadtratsfraktion billigen, bis zur Entscheidung des Disziplinarverfahren von **allen Sitzungen** des Stadtrats **fernzubleiben.** Weiter wird angekündigt, daß in einzelnen Stadtteilen große öffentliche Versammlungen gegen die Stadtratsmehrheit abgehalten werden sollen.

Bürgermeisterwahl in Germersheim. Zum ersten **ehrenamtlichen** Bürgermeister der Stadt Germersheim wurde für den am 15. Februar 1931 ausscheidenden Berufsbürgermeister Schmidt der bisherige zweite Bürgermeister Heinrich **Reible** (Zentr.) vom Stadtrat mit 20 von 22 Stimmen gewählt. Der Gewählte ist von Beruf Hauptlehrer und steht im 50. Lebensjahr.

Karlsruher Konzerte

Konzerte mit Solisten ziehen mehr wie reine Orchesterabende. An diese bekannte Tatsache erinnerte leider das

V. Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters,

das einen gewohnt schlechten Besuch aufwies. Und doch stand es — rein künstlerisch betrachtet — keineswegs hinter jenen anderen Veranstaltungen zurück, in denen das Publikum seinen Podiumlieblingen Ovationen darzubringen pflegt. Auch die Spielfolge an sich war reizvoller zusammengestellt, als manch äußerlich, vielleicht zugkräftigeres Programm, und sie versprach zudem keine allzu schwere Kost, was eigentlich immer für die Mehrzahl der Hörer ein Vorteil sein sollte. Dabei war es dem Dirigenten **Rudolf Schwarz** schon als ein besonderes Verdienst anzurechnen, daß er sich wieder einmal der **Haydn-Variationen von Brahms** annahm, jenem bedeutenden Werk, das seit einer stattlichen Reihe von Jahren hier nicht mehr erklungen ist. Er brachte es zu einer von starker Ausdrucksenergie durchpulsten, klar gegliederten und groß aufgebauten Wiedergabe, die so sehr mit fortriß, daß auch das Orchester infolge des herzlichen Beifalls sich von seinen Sitzen erheben durfte. Nicht minder wurde unser erster Kapellmeister später als Nachgestalter der **vierten Beethoven-Sinfonie** gefeiert, und zwar mit gutem Recht; denn selbst für Kenner und Leute vom Fach ward diese Interpretation des dirigiertechnisch gar nicht so einfachen Werkes durch ihre Sachlichkeit und Sauberkeit zu einem ungetrübten Genuß. Als obligatorische Novität erklang zwischen den beiden klassischen Rahmenwerken eine **Ballettsuite von Hans Gál,** die in mehrfacher Beziehung eine pikante Bereicherung der kürzeren Orchesterliteratur genannt werden muß. Wohl gehört das Werkchen vorab zur leichteren Unterhaltungsmusik, aber seine im galant gepflegten Stil der nachbachischen Zeit etwa geschriebenen sechs Sätzchen sind sehr hübsch erfunden und verraten zudem ausgezeichnetes kontrapunktisches Können. Daß solch eingängliche Musik dem Publikum sehr gefiel, bedarf kaum der Erwähnung; auch der Autor konnte persönlich den Dank entgegennehmen.

Mit einem gewählten Programm debütierte am Dienstagabend im Künstlerhaussaal eine neue Karlsruher Kammermusikvereinigung. Sie nennt sich

Witzenbacher-Trio

und stellt somit den Namen des Geigers an die Spitze, der unter den drei jungen Leuten allerdings nicht so sehr wie der Pianist **Friedrich Linnebach** die führende Persönlichkeit scheint. In sorgsam abgewogenem, anfänglich noch etwas zaghaftem Zusammenspiel hörte man ein neues Trio von Paul Graener (op. 61). Daß größere Kontraste und stärkere Kraftentfaltung fehlten, mag zum Teil an der Komposition selbst gelegen haben, die zwar wohlklingend und edelempfunden, im Grunde aber doch schwacher Nachhall der Romantik ist. Schon besser kam das Architektonische, der straffe Aufbau gegenüber einer Ausarbeitung der Details beim nachfolgenden Mozart (K.-V. 502) zum Vorschein. Weit gefestigter und gesicherter erklang freilich erst Tschaikowskys Opus 50, bei dessen Wiedergabe sich auch zeigte, daß sich die drei Spieler wirklich in das Wesen derartiger Kammerkunst einzuleben verstehen. Hier trat übrigens der Cellist **Werner Laukisch** ebenfalls vorteilhaft hervor. Von der weiteren Entwicklung der Spielfähigkeit der drei Genossen ist jedenfalls noch Treffliches zu erhoffen.

H. Sch.

Um die Erhaltung des Musik- und Gesangslebens. In **Pforzheim** fand eine auch von Vertretern der Gesangs- und Musikvereine gut besuchte Ortsgruppenversammlung des Süddeutschen Musikerverbandes statt, in der man sich gegen die nach Auffassung des Verbandes ungerechtfertigt hohen **Abgaben** wandte, die bei musikalischen Veranstaltungen **an den Musikschutzverband** (Sitz Berlin) abgeführt werden müssen. Es wurde einstimmig beschlossen, ein gemeinsames Vorgehen aller interessierten Verbände, so des Süddeutschen Musikerverbandes, des Badischen und des Schwäbischen Sängerbundes, des Gastwirteverbandes, der Verbände der Kaffeehaus- und der Kinobesitzer usw. in die Wege zu leiten, und in einer demnächst stattfindenden Protestversammlung, wozu die Vertreter der Behörden und der Spitzenverbände eingeladen werden sollen, eine an den Reichstag weiterzuleitende Entschließung zu fassen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Grobe Entstellung der Mannheimer „Arbeiterzeitung"

Aus dem Unterrichtsministerium wird uns geschrieben:

Die Mannheimer „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht in ihrer Nummer 2 vom 3. Januar 1931 unter der Überschrift: „Ein neuer Skandal? Das Festessen guter Staatsbürger", eine Notiz, wonach im Badischen Landestheater ein großes Festgelage mit 80 Teilnehmern stattgefunden habe, dessen Kosten aus dem städtischen Zuschuß bestritten worden seien.

Diese Nachricht ist **von Anfang bis zu Ende frei erfunden.** Der Vorfall, der zu dieser unerhörten Verleumdung Anlaß gegeben haben könnte, war folgender: Im Anschluß an die Erstaufführung des Stückes „Das fünfte Gebot" (Ananke), von van de Velde, hat der Intendant des Badischen Landestheaters einen gewissen Kreis von Freunden des Kunstinstituts in das Foyer des Landestheaters eingeladen, um den geladenen Gästen ein Bekanntwerden und Zusammensein mit dem Verfasser des Stückes zu ermöglichen. Hierbei wurden ein Glas einfachen Landweines und einige Brötchen verabreicht. Die Kosten bestritt der Intendant aus seiner Tasche. Öffentliche Gelder, insbesondere solche der Stadt Karlsruhe, wurden für die Veranstaltung nicht aufgewendet.

Aenderung der Gemeindeordnung

Die Abgeordneten Dr. Schmitthenner und Genossen (D.Ntl.) haben im Landtag einen **Antrag** eingebracht, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur **Änderung der Gemeindeordnung** vorzulegen, wonach dem § 15 folgender Zusatz zugefügt wird: „Gemeindebeamte sind zum Amt eines Gemeinderats oder Gemeindeverordneten in ihrer Anstellungsgemeinde nicht wählbar." Der **Rechtspflegeausschuß** hat mit Rücksicht darauf, daß nach der Mitteilung des Ministers des Innern zur Zeit von der Regierung die Frage der Änderung der Gemeindeordnung geprüft und diese demnächst einer Sachverständigenkommission zur Stellungnahme vorgelegt werden soll, beschlossen, den Antrag der Regierung als Material zu überweisen.

Deutsche Arzneitaxe

Durch Verordnung des Ministers des Innern wird die Deutsche Arzneitaxe 1931 mit Wirkung vom 1. Januar 1931 in Kraft gesetzt. Zum Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Krankenversicherung wird ab 1. Januar bestimmt: Bei monatlichen Rechnungsbeträgen bis zu 25 Reichsmark braucht der Apotheker einen Abschlag nicht zu gewähren. Von dem 25 Reichsmark übersteigenden Rechnungsbetrage hat er 10 v. H. nachzulassen, wenn die Rechnung innerhalb 10 Tagen nach ihrem Eingang bei der Kassenstelle beglichen wird. Werden Arzneien nur gegen Barzahlung abgegeben, so sind von dem Verkaufspreis in jedem Falle 10 v. H. nachzulassen. Abweichende Vereinbarungen, durch die insbesondere zur Erhaltung der Lebensfähigkeit kleinerer Apotheken ein geringerer Abschlag bestimmt wird, werden nicht berührt.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 2) veröffentlicht ferner eine Verordnung des Ministers des Innern über verschiedene Abänderungen der bisherigen Bestimmungen über den Verkehr mit Giften.

Das badische Weinbauinstitut besteht 10 Jahre

Am 1. Januar waren es 10 Jahre, seit das **Badische Weinbauinstitut** in **Freiburg** ins Leben gerufen wurde. Heute dürfte es jedem Winzer und jedem, der mit Wein zu tun hat, klar geworden sein, daß die Schaffung einer weinbaulichen Zentralanstalt in Form des Weinbauinstituts ein Bedürfnis war, das sich, wie man erwarten durfte, zum Wohle unseres badischen Weinbaues auswirken mußte.

Es ist geglückt, die Weinernten in Baden durch Einführung einer sachgemäßen **Schädlingsbekämpfung** gegen früher fast um das Doppelte zu steigern. Die zuvor fast unbekannten badischen Weine gewinnen infolge einer **sachgemäßen Kellerwirtschaft,** wie sie vom Weinbauinstitut überall gelehrt wurde, an Ansehen inner- und außerhalb des Landes. Die Umstellung des Weinbaues auf Pfropfreben, das gigantischste Werk, das je im Weinbau zu vollbringen war, ist begonnen und geht nun ihren sicheren Weg. Das Institut beabsichtigt, aus Anlaß des zehnjährigen Jubiläums eine Denkschrift herauszugeben, um weitere Kreise mit dem Stande seiner jetzigen, umfassenden Tätigkeit bekanntzugeben.

Aus den Parteien

Reichsaußenminister Dr. **Curtius** weilte am Donnerstag in **Mannheim,** um den Angehörigen der Deutschen Volkspartei Gelegenheit zum Gedankenaustausch zu geben. Nachmittags fand eine Besprechung im kleinen Kreis statt, an der u. a. auch der Landesvorsitzende, Rechtsanwalt **Steinel,** Pforzheim, M. d. L., und Generalsekretär **Wolf** teilnahmen. Der Minister griff, wie mitgeteilt wird, mehrmals in die Debatte ein und fand mit seinen Ausführungen lebhafte Zustimmung. In einer außerordentlich starkbesuchten Mitgliederversammlung am Abend im großen Saale der „Harmonie", behandelte Dr. **Curtius** in 1½stündiger Rede die politische Lage. Der Vorsitzende, Stadtrat **Ludwig,** stellte in seinem Schlußwort die Übereinstimmung der Auffassungen zwischen Dr. Curtius und den Mannheimer Freunden fest. Der Minister reiste sodann nach Berlin zurück.

Am 1. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, findet im Saalbau der „Drei Könige" in **Offenburg** die dritte **Landeskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Badens** statt. Auf der Tagesordnung stehen Referate des Landtagsabgeordneten **Reinbold,** Mannheim, über „Aufgaben der Gemeindepolitik nach dem 16. November 1930" und des Reichstagsabgeordneten Dr. **Hertz,** Berlin, über „Reich, Länder und Gemeinden nach der Notverordnung vom 1. Dezember 1930".

Die Arbeiten am Kraftwerkbau Albbruck

Im Zusammenhang mit dem Bau des Kraftwerks **Dogern-Albbruck** muß auch das **Albbett** an der Mündung in einer Länge von etwa 350 Metern nach Westen verlegt werden. Diese Arbeiten sind jetzt so gut wie beendet, doch ist nicht damit zu rechnen, daß schon am 15. Januar, wie vorgesehen, die Alb durch ihr neues Bett fließen wird. Die Pflasterung und Zementierung des neuen Albbettes dürfte wohl erst im letzten Drittel des ersten Monats beendet sein. Dagegen will man an dem Termin des Beginns der Aushebung des **Kanals Dogern-Albbruck,** den 15. Januar, festhalten. Dieser Kanal wird eine Länge von 3,6 Kilometer und eine Breite von 60 Metern erhalten.

Der Schwetzinger Nachtragsetat. Der Bezirksrat hat beschlossen, den Nachtragsetat der Stadtgemeinde Schwetzingen zur nochmaligen Beratung und Beschlußfassung an die Stadtverwaltung zurückzuverweisen, desgleichen den Antrag auf Einführung der Gemeindebiersteuer mit den Sätzen der Notverordnung vom 26. Juli 1930. Das Gesuch um Kapitalaufnahme für Notstandsarbeiten in Höhe von 11 500 Reichsmark wurde vom Bezirksrat genehmigt.

Bruchsal zählt rund 17 000 Einwohner. Die Einwohnerzahl Bruchsals ist im verflossenen Jahre um 72 auf 16 977 gestiegen. Dabei ist ein Geburtenüberschuß von 49 zu verzeichnen. Die Zahl der Geburten stieg um 22, die der Sterbefälle fiel um 34.

Die Vermögenslage der Stadt Gernsbach. Ein Vergleich des Reinvermögens der Stadtgemeinde Gernsbach auf Schluß des Rechnungsjahres 1929 mit 2 269 654 Reichsmark, ergibt gegenüber jenem auf 31. Dezember 1914 eine Zunahme von 762 672 Reichsmark.

Aus der Landeshauptstadt

Der Überfall in dem Juweliergeschäft Otto Föhr in der Waldstraße an Silvester hat seine Aufklärung gefunden. Der jugendliche Täter wurde am 6. Januar in Berlin festgenommen und ist inzwischen nach Karlsruhe transportiert worden. Er ist geständig und wird jetzt auf seinen Geisteszustand beobachtet.

Badisches Landestheater. Das dritte Werk für die Sondermiete „Zeittheater" gelangt am Mittwoch, dem 14., und Freitag, dem 16. Januar, zur Aufführung. Es betitelt sich **„Der Mann, den sein Gewissen trieb"** und hat Maurice Rostand zum Verfasser, den Sohn Edmond Rostands, dessen Schauspiel „Cyrano de Bergerac" ein Welterfolg war und vor einigen Spielzeiten auch vom Landestheater neu aufgeführt wurde. Maurice Rostand gehört zu jenem Kreis des jungen geistigen Frankreichs, der sich leidenschaftlich zu dem Ziel der Annäherung und des gegenseitigen Verstehens zwischen den beiden großen Nationen bekennt und einzig in diesem Ziel das Heil der europäischen Zukunft beschlossen sieht. Er gehört also zur Gesinnungsgemeinschaft eines Romain Rolland und Paul Raynal, der uns durch sein „Grabmal des unbekannten Soldaten" bekannt geworden ist.

Colosseumtheater. Die erste große Kriminal-Ausstattungs-Revue **„Der schwarze Diamant",** die zur Zeit im Colosseumtheater gastiert, hat einen Erfolg zu verzeichnen, wie bis jetzt nur wenigen Revuen beschieden war. Diese Revue zeichnet sich besonders durch erstklassige Darsteller, eine wundervolle, leicht ins Ohr gehende Musik sowie durch glänzende und farbenprächtige Kostüme und Dekorationen aus. Direktor Goldberg, der Schöpfer der Revue, der selbst die Leitung des verstärkten Colosseumorchesters inne hat, darf Abend für Abend mit den übrigen Darstellern den spontanen Beifall der Besucher entgegennehmen. Am Sonntag, den 11. Januar, findet nachm. halb 4 Uhr ebenfalls wieder die beliebte Fremdenvorstellung statt, worauf besonders die auswärtigen Besucher hingewiesen werden. Gleichzeitig macht die Direktion noch darauf aufmerksam, daß sie, der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend, die Eintrittspreise bedeutend ermäßigt hat, um jedermann Gelegenheit zu geben, dieses hervorragende Programm zu besuchen. Die Preise betragen von jetzt an 80 *Rpf* bis 3 *RM.*

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Wetterlage ist im wesentlichen für unser Gebiet unverändert geblieben. Über Nacht ist in tiefen Lagen noch Verschärfung des Frostes eingetreten (bis zu minus 10 Grad), da es in den nördlichen Landesteilen wolkenlos blieb. Im Süden ist etwas Neuschnee gefallen. Das Frostwetter wird anhalten.
Voraussage: Fortdauer des winterlichen Frostwetters.
Wasserstände: Waldshut 235 minus 9, Basel 54 minus 2, Schusterinsel 110 minus 5, Kehl 275 minus 9, Maxau 463 minus 20, Mannheim 403 minus 31, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Mann mit der schwarzen Maske

DZ. **Donaueschingen,** 10. Jan. Vor dem Großen Schöffengericht stand gestern die Verhandlung gegen den als **Mann mit der schwarzen Maske** bezeichneten Kriegsinvaliden Wilh. **Pfaff** aus Furtwangen statt, der sich wegen Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten hatte. Pfaff befand sich bekanntlich im Zusammenhang mit dem **Doppelmord auf der Weißtannenhöhe** ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Dem Angeklagten wurden in 13 Fällen sittliche Verfehlungen und Erregung öffentlichen Ärgernisses zur Last gelegt. Der letzte Fall hat sich im Dezember 1929 bei Linach zugetragen und führte zur schließlichen Verhaftung des Pfaff. Dabei stellten sich die früheren Verfehlungen heraus. Der Verdacht der Täterschaft des Weißtannenmordes ließ sich jedoch nicht aufrechterhalten. Pfaff ist am 14. Februar 1898 in Schonach geboren und von Beruf Bäcker. 1917 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und schwer verwundet. Das psychiatrische Gutachten des Geheimrats Prof. Dr. **Hoche** erklärte den Täter für seine Handlungen voll verantwortlich. Das Gericht sprach gegen Pfaff eine **Gefängnisstrafe von 2 Jahren** aus. Die Untersuchungshaft in Sachen der Weißtannenhöhe wurde angerechnet.

WTB. **Heidelberg,** 9. Jan. Hier ist heute mittag um 1 Uhr der frühere Direktor der J. G. Farbenindustrie, Geh. Kommerzienrat Dr. **Paul Julius,** im Alter von 69 Jahren **gestorben.** Dr. Julius war bis vor einigen Jahren eine der führenden Persönlichkeiten der J. G. Farbenindustrie bzw. vorher der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen-Oppau.

DZ. **Mosbach,** 9. Jan. Nachdem sich bereits 8 Landwirte aus dem Amtsbezirk Buchen auf der **badischen Siedlung Mönkendorf** (Mecklenburg) Siedlungen erworben haben, sind diesem Beispiel auch 7 Landwirte aus dem Mosbacher Bezirk gefolgt.

DZ. **Unteröwisheim** (Amt Bruchsal), 10. Jan. Heute nacht um halb 12 Uhr ereignete sich in Unteröwisheim eine **schwere Bluttat.** Der 22 Jahre alte Sohn des Jagdpächters **Schmidt** geriet mit einem Mädchen wegen einer Geringfügigkeit in Auseinandersetzungen, lief dann plötzlich heim und holte ein **Gewehr seines Vaters,** mit dem er auf der Straße blindlings um sich schoß. Als unter anderm auch der 22 Jahre alte Ziegeleiarbeiter Erwin **Lautenschläger** den rabiaten Menschen beruhigen wollte, richtete dieser sofort das Gewehr auf Lautenschläger und gab einen Schuß ab, der Lautenschläger lebensgefährlich am Kopfe verletzte. Schmidt jun. wurde verhaftet.

DZ. **Griesbach,** 9. Jan. Dank der rastlosen Sammeltätigkeit des Reichstagsabgeordneten **Dietz** ist es gelungen, die Mittel zum Bau der **Erzberger-Gedächtniskapelle in Griesbach** zu erhalten. Der Rohbau ist gesichert. Allerdings fehlen noch etwas Gelder zum Innenausbau. Mit dem Bau ist aber bereits begonnen worden, da **die Kapelle zum 10. Todestag** fertiggestellt sein soll.

DZ. **Weil a. Rh.,** 10. Jan. Hier wurde ein der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehörender Kaufmann auf dem Nachhauseweg kurz vor seinem etwas abseits gelegenen Hause von **politischen Gegnern überfallen** und **schwer mißhandelt.** Er erlitt zahlreiche Verletzungen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

DZ. **Fischbach,** Amt Villingen, 9. Jan. Dem letzten Orkan ist eine der beiden riesigen, zu **Naturschutzdenkmälern** erklärten **Weißtannen** im Staatswald Steinwald bei Fischbach zum Opfer gefallen. Der Riese hatte eine Länge von 41 Metern und in Brusthöhe einen Umfang von 3,5 Metern sowie einen Durchmesser von 112 Zentimeter. Er hat ein Alter von 230 Jahren erreicht und lieferte außer einem Nutzholzstück von 17,6 Festmetern noch 6,7 Festmeter Brennholz, somit eine Gesamtmasse von nicht weniger als 24,3 Festmeter.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Januar Geld	10. Januar Brief	9. Januar Geld	9. Januar Brief
Amsterdam 100 G.	169.06	169.40	169.00	169.34
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.21	112.43
Italien . . 100 L.	21.98	22.02	21.96	22.00
London . . 1 Pfd.	20.391	20.431	20.385	20.425
New York 1 D.	42.005	4.2085	4.1980	4.2060
Paris . . . 100 Fr.	16.473	16.513	16.468	16.508
Schweiz . . 100 Fr.	81.38	81.54	81.375	81.535
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.03	59.15
Prag. . . . 100 Kr.	12.441	12.461	12.432	12.452

Süddeutsche Zucker AG., Mannheim. In der Generalversammlung am Freitag vertraten 117 Aktionäre 22 752 200 Reichsmark Stammaktien, von insgesamt 29,60 Mill. Reichsmark, 17 Vorzugsaktionäre 398 800 Reichsmark von insgesamt 400 000 Reichsmark. Die Anträge der Verwaltung, insbesondere die Ausschüttung einer Dividende von **10 Prozent** auf die Stamm- und **7 Prozent** auf die Vorzugsaktien wurden einstimmig genehmigt. Die von der internationalen Konferenz vorgesehene Exportkontingentierung befriedige zwar nicht ganz, stelle aber angesichts der Tatsache, daß Deutschland allein eine Überproduktion von 800 000 Tonnen hat, eine erträgliche Regelung dar, so daß mit der Annahme der Vorschläge in der Versammlung der Deutschen Zuckerindustrie gerechnet werden könne. Zu regeln bleibt dann noch die Aufteilung innerhalb der deutschen Produktion.

Mannheimer Gummi-AG. Der gerichtliche Vergleich der Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Asbestfabrik AG. ist bestätigt, das Vergleichsverfahren aufgehoben worden. Eine außerordentliche Generalversammlung, in der Bericht über die Lage der Gesellschaft und Mitteilung gemäß § 240 HGB. (über den **Verlust der Hälfte des Aktienkapitals**) erstattet wird, findet am 30. Januar statt. Die 1,20 Mill. Reichsmark Stammaktien sollen im Verhältnis 10 : 1 zusammengelegt werden. Die durch die Vorzugsaktien und die Herabsetzung des Stammkapitals freiwerdenden Beträge sollen zur Deckung der Unterbilanz und zu Abschreibungen Verwendung finden, dagegen soll die gesetzliche Reserve nicht daraus dotiert werden. Das Aktienkapital soll dann durch die Ausgabe von 1200 auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien zu je 100 Reichsmark und von 280 zu je 1000 Reichsmark, also insgesamt um 400 000 Reichsmark erhöht werden. Die neuen Aktien werden von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank, Mannheim, und von Delbrück-Schickler, Berlin, übernommen.

Die Heidelberger Wohnungsbau-G. m. b. H. Dem Konkursrichter, Rechtsanwalt Dr. **Bähr,** ist es gelungen, von den Schuldnern etwa 45 000 Reichsmark hereinzubekommen bzw. zugesichert zu erhalten, um welche Summe die an sich bekanntlich geringe Masse der Wohnungsbaugesellschaft sich verbessert. Ein Rechtsgutachten über die Frage, ob die Möglichkeit einer **Schadensersatzklage** gegen die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft besteht, wird demnächst dem Gläubigerausschuß vorgelegt werden. Von dem umfangreichen Sachverständigengutachten über die Lage bei der Gesellschaft hört man nach der „N. Bad. Landeszig.", daß es inzwischen dem Untersuchungsrichter zugegangen sei. Rechtsanwalt **Ludwig Müller** soll nach wie vor sich lediglich als das Opfer der Fehlspekulationen betrachten und guter Dinge sein. Der in der Schweiz entwichene ehemalige Geschäftsführer **Paul Müller** ist, wie zu erwarten war, von den Schweizer Behörden wegen der Heidelberger Angelegenheit nicht angeklagt worden.

Brauereigesellschaft vormals S. Moninger. In der Generalversammlung am heutigen Samstag der Brauereigesellschaft vormals S. Moninger in Karlsruhe wurden die Vorschläge der Verwaltung für die Gewinnverteilung einstimmig genehmigt. Demzufolge wird der Gewinn in Höhe von 595 482 Reichsmark wie folgt verwendet: Abschreibungen 263 824 Reichsmark, **6 Prozent Dividende** aus 5000 Reichsmark Vorzugsaktien gleich 300 Reichsmark, 8 Prozent Dividende aus 3 400 000 Reichsmark Stammaktien gleich 272 000 Reichsmark, 4 Prozent Zinsen aus 24 250 Reichsmark Genußrechte 970 Reichsmark, Zuweisung zum Delcrederekonto 50 000 Reichsmark, so daß 8387 Reichsmark verbleiben, die mit Vortrag von 1928/29 von 52 829 Reichsmark mit insgesamt 61 217 Reichsmark auf neue Rechnung vorgetragen werden. Herr Dr. **Karl Moninger wurde** einstimmig dem Aufsichtsrat zugewählt.

Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG. in Rheinfelden. Wie gemeldet wird, hat das Geschäftsjahr 1930, wenn naturgemäß auch die allgemeine wirtschaftliche Depression auf den Stromabsatz nicht ganz ohne Einfluß blieb, einen verhältnismäßig normalen, befriedigenden Verlauf genommen. Dementsprechend dürfte, soweit sich bisher übersehen läßt, mit einem **ähnlichen Ergebnis wie im Vorjahr,** für das eine Dividende von 10 Prozent zur Verteilung gelangte, zu rechnen sein.

Frachtverbilligung für Kali schon ab 12. Januar. Das deutsche Kalisyndikat hat beschlossen, seinen Abnehmern schon ab 12. Januar die vom 1. Februar an von der Reichsbahn beabsichtigte Frachtermäßigung aus eigenen Mitteln zukommen zu lassen. Praktisch tritt damit die Frachtverbilligung durch Herabsetzung der Düngemittelfrachten bereits mit dem genannten Tage in Kraft.

Straßburger Rheinhafenumschlag 1930. Die soeben veröffentlichten provisorischen Umschlagsziffern für 1930 ergeben für den Straßburger Rheinhafen einen neuen Rekordumschlag von 5,70 Millionen Tonnen gegen 4,77 Millionen im Vorjahre. Es ist somit eine Zunahme um 930 000 Tonnen zu verzeichnen.

Der Zuckerpreis in Frankreich. Auf den Protest des Verbandes zur Verteidigung der Interessen der Verbraucher gegen die Erhöhung des französischen Zuckerpreises, antwortete der Landwirtschaftsminister, er sei gezwungen, im Parlament die Genehmigung der **Zollerhöhung** zu beantragen, da die Lage der französischen Zuckerrübenbauer außerordentlich schwierig geworden war.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Staatsanzeiger

Einsendung der Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1930.

An die Gemeinden, Kreise, Stiftungen, Sparkassen und ihre Aufsichtsbehörden:

Nach der Verordnung des Herrn Reichsfinanzministers über die Einsendung vereinfachter Steuerabzugsbelege für das Kalenderjahr 1930 vom 10. Dezember 1930 hat sich der Herr Reichsfinanzminister damit einverstanden erklärt, daß für das Kalenderjahr 1930 das in den §§ 46—49, 51, 52, 58 StA.DV. vorgesehene Verfahren erheblich vereinfacht wird.

Die Verordnung nebst einem Vollzugserlaß des Reichsfinanzministers vom 10. Dezember 1930 S. 2233—5500 III, woraus alles nähere zu entnehmen ist, sind im Reichsbesoldungsblatt Nr. 26 vom 23. Dezember 1930 S. 137/140 veröffentlicht worden.

Die Gemeinden usw. werden veranlaßt, bei der Ausstellung der Lohnsteuer-Bescheinigungen und Lohnsteuer-Überweisungsblätter für das Kalenderjahr 1930 hiernach zu verfahren.

Karlsruhe, den 6. Januar 1931.

Der Minister des Innern:
J. V.: Weitzel.

Verordnung
des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge.
Vom 7. Januar 1931.

Auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 wird folgendes angeordnet:

In Abschnitt II „Unterstützungsdauer" meiner Verordnung vom 13. November 1930 sind unter Ziff. 1 die Worte: „und, soweit es sich um eine Gemeinde mit weniger als 10 000 Einwohnern handelt, das Landesarbeitsamt die Verlängerung für diese Gemeinde aus besonderen Gründen zugelassen hat" zu streichen.

Stuttgart, den 7. Januar 1931.
Kälin.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:

Die Justizpraktikanten Elisabeth **Höchstetter** beim Amtsgericht Pforzheim und Max **Gugler** beim Amtsgericht Singen zu Justizobersekretären.

Versetzt:

Justizinspektor Hermann **Henninger** beim Justizministerium zum Amtsgericht Karlsruhe; die Justizobersekretäre Franz **Rau** beim Landgericht Freiburg zum Landgericht Karlsruhe und Franz **Müßle** beim Landgericht Karlsruhe zum Landgericht Freiburg.

Enthoben auf Antrag:

Handelsrichter Baukdirektor Rudolf **Geiger** in Konstanz bei der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Konstanz.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Landgerichtsrat Ludwig **Scheld** in Mannheim auf 1. März 1931.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 11. bis 19. Januar 1931.

Sonntag, 11. Jan. Nachmittags: 7. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: **Der Evangelimann.** Musikalisches Schauspiel von Kienzl. 15.15—18 (4,50 RM).
Abends: * G 13. **Zar und Zimmermann.** Komische Oper von Lortzing. 19.30— gegen 22.30 (8 RM).

Montag, 12. Jan. Volksbühne: Januarvorstellung: **Das Lamm des Armen.** Tragikomödie von Stefan Zweig. 19.30 bis 22 (5 RM).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Dienstag, 13. Jan. Volksbühne: Januarvorstellung. **Das Lamm des Armen.** Tragikomödie von Stefan Zweig. 19.30 bis 22 (5 RM).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Mittwoch, 14. Jan. Sondermiete „Zeittheater" (3. Vorstellung der Abteilung I, weiße Karten). Zum erstenmal: **Der Mann, den sein Gewissen trieb.** Schauspiel von Rostand. 20— gegen 22.

Donnerstag, 15. Jan. * D 14 (Donnerstagmiete). **Die Bohème.** Oper von Puccini. 19.30—21.45 (7 RM).

Freitag, 16. Jan. Sondermiete „Zeittheater". (3. Vorstellung der Abteilung II, rote Karten). **Der Mann, den sein Gewissen trieb.** Schauspiel von Rostand. 20— gegen 22.

Samstag, 17. Jan. * A 13. **Das Lamm des Armen.** Tragikomödie von Stefan Zweig. 20—22.30 (5 RM).

Sonntag, 18. Jan. Nachmittags: **Die Sache, die sich Liebe nennt.** Komödie von Burke. 15—17.30 (3 RM).
Abends: * B 13. Th.-Gem. 701—800. **Carmen.** Oper von Bizet. 19—22 (8 RM).

Montag, 19. Jan. * E 14. Th.-Gem. I. S. Gr. und 201—300. **Elisabeth von England.** Schauspiel von Bruckner. 20—23 (5 RM).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 11. Jan. * **Meine Schwester und ich.** Operette in zwei Akten und einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum. Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky. 19.30—22.15 (3,50 RM).

Donnerstag, 15. Jan. Geschlossene Vorstellung der Theatergemeinde: Zum erstenmal: **Das Konto X.** Ein Stück von Bernauer und Österreicher. 20—22.

Freitag, 16. Jan. Geschlossene Vorstellung der Theatergemeinde: **Das Konto X.** Ein Stück von Bernauer und Österreicher. 20—22.

Sonntag, 18. Jan. * **Meine Schwester und ich.** 19.30—22.15 (3.50 RM).

Auswärtiges Gastspiel:

Mittwoch, 14. Jan. In Landau: **Meine Schwester und ich.**

Kartenvorverkauf: Vorverkaufskasse des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388 und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Tel. 1420, Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

100 PS 6 ZYL. DIESEL LASTWAGEN OMNIBUSSE

M A N
MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG A.G.
ÄLTESTE und GRÖSSTE DIESELMOTOREN-FABRIK der WELT
VERLANGEN SIE ANGEBOT VON:
M.A.N. Lastwagenbüro Mannheim
Kaiserring 42/44. Fernruf 41560
Zweigbüro, Werkstatt und Ersatzteillager
Neustadt-Hdt., Landauer Str. 50
Fernruf 3009

Bekanntmachung.

Der am 1. Febraur 1931 fällige Zinsschein Nr. 16 zur Teilschuldverschreibung unserer 5%igen Kohlenwertanleihe von 1923 gelangt bei den in den Anleihebedingungen näher bezeichneten Stellen mit
—.44 RM für 17,50 RM und mit
—.50 RM „ 1 Tonne Kohle
ohne Abzug von Kapitalertragsteuer zur Auszahlung.

Karlsruhe, den 8. Januar 1931. K.889

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk)

Saison-Reklame 1931

Buchdruck
Offsetdruck
Steindruck
Kupfertiefdruck

Kur- und Verkehrs-Vereine

Hotels, Erholungsheime

erhalten unverbindlich Kostenvoranschläge, Entwürfe usw. für die Herausgabe zugkräftiger Reklamedrucksachen

G. Braun, G.m.b.H.

Karlsruhe in Baden
Karl-Friedrich-Straße 14
Telefon Nr. 952, 953, 954

Man verlange Vertreterbesuch

Oeffentliche Sparkasse Reuchen

(Städtische Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM
1. Kassenbestand	17 734.80
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt	96 189.45
3. Wechsel	53 136.10
4. Darlehen auf Hypotheken	271 545.47
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	220 856.51
6. Darlehen auf Schuldschein	103 225.51
7. Darlehen an Gemeinden	21 450.—
8. Aufwertungsforderungen	82 610.26
9. Einnahmerückstände	71 604.02
10. Gerätschaften	1.—
	938 353.12

Verbindlichkeiten	RM
1. Spareinlagen	676 671.50
2. Aufwertungsspareinlagen	142 133.03
3. Giroeinlagen	49 594.77
4. Anlehens- und andere Schulden	8 480.—
5. Ausgaberückstände	864.—
6. Rücklagen — gesetzl. Reservefonds	51 580.47
7. Reingewinn vom Jahre 1930	9 029.25
	938 353.12

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 726 266.37 RM Einlagen . . . . . 58 101.28 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . . 60 609.72 RM
somit mehr . . . . . 2 508.44 RM

Reuchen, den 8. Januar 1931. R.231

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Dr. Eglau, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Walz.

Schwetzingen. R.229

Güterrechtsregister Band II, Seite 500: **Süpfle** Johannes, Eisenwarenhändler in Brühl und Luise geb. Schäufele. Vertrag vom 31. Dez. 1930. Gütertrennung. Schwetzingen, den 8. Januar 1931.

Amtsgericht I.

Badisches Landestheater

Sonntag, den 11. Jan. 1931
Nachmittags
7. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Der Evangelimann

Musikalisches Schauspiel von Kienzl

Dirigent: Keilberth
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Seiberlich, Spiegel, Bauer, Burk, Kilian, J. Grötzinger, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Löser, Schoepflin, Zilken, Kilian

Anfang 15¼ Ende 18
Preise (0,50—4,50 RM)

Abends
*G 13

Zar und Zimmermann

Komische Oper von Lortzing

Dirigent: Krips
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Blank, Burk, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Rentwig, Ritschl, Schoepflin, Schuster, Kilian

Anfang 19½. Ende geg. 22¼
Preise D (1—8 RM)

Montag, den 12. Jan. 1931
Volksbühne:
Januarvorstellung

Das Lamm des Armen

Tragikomödie von Stefan Zweig
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Dahlen, Gemmecke, Graf, Hierl, Hospach, Höcker, O. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, Luther, H. Kienscherf, Müller, H. Seibert

Anfang 19½ Ende 22
Preise A (0,70—5 RM)

Der IV. Rang ist für den allgemein. Verkauf freigehalt.

Die. 13. 1. Das Lamm des Armen. Mi. 14. 1. Sondermiete „Zeittheater" (3. Vorstellung der Abt. I, weiße Karten): Zum erstenmal: Der Mann, den sein Gewissen trieb. Do. 15. 1. Die Bohème. Fr. 16. 1. Sondermiete „Zeittheater" (3. Vorstellung der Abt. II, rote Karten): Der Mann, den sein Gewissen trieb. Sa. 17. 1. Das Lamm des Armen. So. 18. 1. Nachm.: Die Sache, die sich Liebe nennt. Abends: Carmen. Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich. Mo. 19. 1. Elisabeth von England.

Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, 11. Jan. 1931

Meine Schwester und ich

Operette in zwei Akten u. einem Vor- und Nachspiel nach Berr und Verneuil von Robert Blum.
Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky
Dirigent: Keilberth
Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:
Genter, Jank, Seiberlich, Seiling, Brand, Graf, Kloeble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, H. Kienscherf

Anfang 19½ Ende 22¼
I. Parkett 3,50 RM

Die Maul- und Klauenseuche in Friedrichstal und Grötzingen ist erloschen. Die angeordneten Maßnahmen werden aufgehoben. R.230

Karlsruhe, den 8. Januar 1931. O.Z. 3

Bad. Bezirksamt — Abteilung IV.

Betr. Jagdverpachtungen

Die meisten badischen Jäger sind abonniert auf „Der Deutsche Jäger", München (älteste deutsche Jagdzeitschrift), offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl-Offenburg, Kinzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Lörrach und Konstanz: Also das geeignete Ankündigungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen. Probenummer kostenlos. Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger" F. C. Mayer G.m.b.H., München C 2. R.192

Druck G. Braun, Karlsruhe.